tik-Infrastruktur.“ Stroppe kündigte an, dass es nach deren Einführung ein zweites E-Health-Gesetz geben werde, in dem es dann um die Anbindung bestimmter Anwendungen wie Medikationspläne oder die elektronische Patientenakte gehen werde. „Erst einmal müssen wir die Struktur auf den Weg bringen, dann kommen die weiteren Anwendungsmöglichkeiten“, sagte Stroppe mit Blick auf die telemedizinische Versorgung.

Der Staatssekretär setzt dabei auf Innovationen, die schließlich auch in die Regelversorgung eingehen könnten. Neue Technologien könnten helfen, ein gutes Gesundheitssystem noch besser zu machen. „Wir sind an dem Punkt, wo wir Entwicklungen sehr genau anschauen, wo wir Gefahren erkennen, aber auch Chancen sehen“, sagte der BMG-Staatssekretär. „Es ist ein riesiges Potenzial – wenn wir es nicht nutzen, versagen wir an einer entscheidenden Schnittstelle der medizinischen Versorgung.“

Neben der „Zukunft der Medizin“ ging es ebenfalls um das größte Spannungsfeld der Digitalisierung: Wie viel Datenschutz ist möglich, wie viel ist nötig? Bleibt der Patient Herr über seine Daten? Welche Konsequenzen müssen mitbedacht werden? Am Ende ist die Diskussion um die Digitalisierung nicht angekommen. Pauschale oder eindeutige Antworten, wie das Gesundheitswesen mit der zunehmenden „Always-on-Medizin“ umgehen wird, gab es auch beim Zukunftskongress nicht. Dafür allerdings Denkanstöße, Diskussion und Auseinandersetzung sowie die Erkenntnis: Die Digitalisierung ist längst da – wir müssen das Beste daraus machen. Im Sinne der Patienten. „Wir sind in einer Suchbewegung“, sagte ein Podiumsteilnehmer. „Die Risiken allerdings dürfen den Blick für die Handlungsoptionen nicht verstellen.“

Sabine Schmitt

Kommentar

Digitalisierung: Fluch oder Segen?

Digitale Technik ist aus unseren Praxen nicht mehr wegzudenken. Einrichtungen, Diagnosetools, Therapiehilfen und Kommunikationswege kommen ohne diese Technik nicht mehr aus. Die wichtige Frage ist allerdings: Wie gehen wir damit um? Während im Alltag, in unserem kleinen „Biotop Praxis“, die Digitalisierung intern akzeptiert und genutzt wird, sehen wir die Technik sehr kritisch, wenn Daten außerhalb dieses geschützten Raumes gelangen. Der oft kritisierte Ruf nach Datensicherheit ist hier mehr als angebracht. Denn: Hundertprozentige Sicherheit gibt es nirgends, auch und vor allem nicht in der Kommunikation.

Der Staat sich dennoch aufgerufen, für eine „sichere“ Kommunikation im Medizinbereich durch eine Telematik-Infrastruktur zu sorgen. Das ist auch seine Aufgabe, so wie der Staat für andere Infrastrukturaufgaben wie Straßen, Bahn oder Flughäfen sorgen muss. Und natürlich müssen für eine Telematik-Infrastruktur Zugangsberechtigungen vergeben werden, damit nicht jeder unbefugt Zugriff hat – mit der elektronischen Gesundheitskarte und dem Heilberufsausweis ist dies der Fall. Die Anwendungen allerdings mit staatlichem Zwang durchzusetzen, widerspricht für mich einer freiheitlichen Grundordnung und meinen Werten als Freiberufler. Auch auf der Autobahn oder bei der Bahn kann ich frei entscheiden, ob und welches Angebot ich nutze. Denn: Angebote müssen überzeugen. Und wenn es dann um die Anbindung bestimmter Anwendungen wie Medikationspläne oder elektronische Patientenakten geht, müssen Grundrechte gewahrt bleiben. Der Patient – und nur er – muss entscheiden dürfen, ob und wie seine Daten weitergegeben werden. Auf keinen Fall kann es dem Staat oder Körperschaften erlaubt sein, hier Druck auf Patienten und Ärzte auszuüben. Die Digitalisierung der Kommunikation ist also weder Fluch noch Segen. Sie ist ein Hilfsmittel und muss es auch bleiben. Und jedem Nutzer muss es freigestellt bleiben, ob und wie er sie nutzt. Ich werde auch in Zukunft zum Teil „Nein“ sagen. Und es ist ein Skandal, wenn der Staat dieses „Nein“ bestraft.

Joachim Hoffmann

Hier steht eine Anzeige.